

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung Amtsbblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erscheint wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend frühzeitig zur Ausgabe. Bezugspreis für den Monat 0.90 RM. frei ins Haus, einschließlich der Beilagen „Mein Garten“, „Die Frau und ihre Welt“ und „Erfreuer“ bezogen 1.20 RM. Im Falle höherer Gewalt wird kein Fernsprecher Nr. 127.



Drahtanfrucht: Zeitung. Die Mitteleuropäische Anzeigen-Zeile kostet bei 40 mm Spaltenbreite 4 Reichspfennig. Ermäßigte Grundpreise nach Beispielen. Der Mitteleuropäische Preis für Anzeigen im Textteil beträgt bei 90 mm Spaltenbreite 12 Reichspfennig. Für sämtliche Aufträge gelten die Bedingungen der ab 25. Nov. 1935 gültigen Preisliste Nr. 8. Anzeigenannahme am Erscheinungstage bis 9 Uhr Vormittags. D. M. V. 500

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer

Hauptgeschäftsführer und für den Anzeigenteil verantwortlich: Hugo Munzer Spangenberg

Nr. 71

Donnerstag, den 11. Brachmond 1936

29. Jahrgang.

Dokumente zu Locarno

Je höher die Wogen außenpolitischer Spannungen und Mißverständnisse gehen, desto mehr wird es zu einem wachsenden Gebot verantwortungsbewusster Politik, sich mit den zur Erörterung stehenden Problemen umherzusehen, objektiv und damit gerecht auseinanderzusetzen. Die europäische Nachkriegsgeschichte steht im Zeichen eines allgemeinen Gebots gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Achtung der Interessen der einzelnen Völker. Der Mensch ist nicht nur ein Individuum, sondern ein Wesen, das in der Gemeinschaft lebt. Das Leben der Völker ist es, das die erste Voraussetzung jeglichen gemeinsamen Handelns im Interesse gemeinsamer Ziele und Lebensbedürfnisse bildet. Wer wollte bestreiten, daß der Mensch das lebenswichtigste Gut ist, ohne dessen Sicherung und Prosperität der Fortschritt der Nationen nach den Gesetzen der Vernunft und Ordnung nicht denkbar ist?

Das öffentliche Recht ist die Basis, auf der sich das Leben der Völker aufbaut. Innenpolitisch heißt es Staatsrecht, außenpolitisch Völkerrecht. Beide Arten dieses öffentlichen Rechtes haben die Aufgabe, Normen und damit Verhaltensbedingungen zu schaffen, die den ungeschriebenen Gesetzen der Natur und in der höheren Sphäre einer fortgeschrittenen Kultur Achtung und Geltung verschaffen sollen. An die Stelle imperialer Machtstrukturen soll der Respekt vor dem Lebensrecht und der Ehre der Völker treten. Wenn die internationale Politik den Weg zu einer höheren Entwicklung und Anerkennung einer zwischenstaatlichen Gleichheit nicht zu finden wißt, dann würde die zum Segen der Menschheitskultur werden. An einer solchen Vorbereitung eines nimmermüden Chaos aber kann normalerweise kein Staatsmann gelegen sein, es sei denn, daß die Anarchie für ihn ein Ideal ist, und er in der Vernichtung aller Werte einer gewachsenen Kultur Befriedigung seines wider natürlichen Ehrgeizes findet. Dieser gibt es solche Kräfte. Es hat keinen Wert, vor ihrer Existenz die Augen zu verschließen, aber es sollte die Pflicht der Völker sein, sie zu bekämpfen und die Kräfte, die sie zu bekämpfen versuchen, eine Verpflichtung sein, eine gemeinsame Front gegen derartige Elemente zu bilden und das Zusammenleben der Nationen auf der Grundlage gegenseitiger Ehre, Gleichberechtigung und Freiheit zu sichern.

Dieser außenpolitischen Forderung, wie sie besonders von der nationalsozialistischen Staatsführung des Dritten Reiches vertreten wird, vermag keine Staatskunst gerecht zu werden, die zur Erreichung ihrer jeweiligen einseitigen Ziele und Zwecke sich diplomatischer Mittel bedient, deren Auswirkung mit dem gesunden Recht und der absoluten Wahrheit auf Kriegsfuß steht. Einen traurigen Beweis hierfür haben immer wieder die politischen Argumente für bestimmte außenpolitische Zwecke in Form von Weisungen und Erlässen, von Zusammenstellungen von Meinungen und Demarchen sowie auszugewählten Verlautbarungen von Reden und Verlautbarungen maßgebender Staatsmänner gegeben, die man bekanntlich den Sinn eines Vertrages bzw. einer Darlegung in sein glatteisverstecktes Versteck, wenn man willkürlich aus dem Zusammenhang gerissene Feststellungen einander gegenüberstellt, oder in einen künstlichen Zusammenhang bringt.

Deutschland hat es sich zur Aufgabe gemacht, einer neuen Außenpolitik fähig und entschlossen das Wort zu reden. Adolf Hitler ist vielleicht dadurch prädestiniert, einst in den Vätern der Weltgeschichte als einer der allergrößten Staatsmänner aller Zeiten gewürdigt zu werden, weil er nicht nur neue zwischenstaatliche Methoden geschaffen, sondern auch die schwierigen internationalen Zusammenhänge in einer klaren und nüchternen Sachlichkeit der Weltöffentlichkeit vor Augen geführt hat. Der letzte Mann im deutschen Volk versteht die Sprache seines Führers, weil er sich nicht in rechtskonstruktiven Haarpartien über das Zusammenleben der Völker verberbt, sondern ihre Lebensbedürfnisse und Lebensrechte ohne ideologische Finessen darstellt und daraus die natürlichen Schutzgesetze ableitet.

Es ist aus dieser Grundhaltung gegenüber den europäischen Problemen heraus ein Verbot für die Deutschen, die politische Politik in Berlin und des Instituts für auswärtige Politik in Hamburg, eine Dokumentensammlung zu dem Kapitel Locarno herauszugeben zu haben, der Herr Dr. Verber bearbeitet hat und die im Zunker-Verlag erschienen ist. Ohne Schmiedendeckel und ohne Kommentare, daher also auch ohne jede Tendenz, hat hier auf rund 400 Seiten 76 Dokumente abgedruckt, die irgendwie im Zusammenhang mit der Rheinabkommen stehen. Die Dokumentensammlung hat damit einen einmaligen und grundlegenden politisch-historischen Charakter. Sie ist ein lückenloses, umfassendes und objektives Quellenmaterial, das die europäische Nachkriegsgeschichte ohne Furcht und Tadel vor uns aufzuleisten läßt. Die Dokumente beginnen mit jener Note des Marschalls Foch an die Bevollmächtigten der alliierten und assoziierten Mächte vom 10. Januar 1919 und enden mit den eng zusammengefaßten Nachträgen zum Friedensplan der deutschen Regierung vom 6. Mai 1936.

In seiner Würdigung dieser deutschen Locarno-Dokumentensammlung und besonders hinweisend auf den internationalen Entschluß des Rüstbros vom 7. März

Moskau am Branger

Eindeutige Feststellungen des Schweizerischen Bundesrats Motta

Im Schweizerischen Nationalrat begann die große Aussprache über die Wiederaufnahme der Beziehungen der Schweiz zu Sowjetrußland. Von kommunistischer, sozialdemokratischer und unabhängiger Seite (Drittweiliger Gruppe) liegen entsprechende Anträge vor. Ferner sprach sich in einem Beschluß der Geschäftsprüfungsausschüsse, der in Montreux tagte, mit neun zu drei Stimmen für die Wiederaufnahme aus.

Bundesrat Motta legte in längerer Rede die ablehnende Haltung des Bundesrats dar. Der Bundesrat, so erklärte er, hat nie verhindert und verhindert nicht, daß Geschäftsleute mit Rußland regelmäßige Handelsbeziehungen unterhalten. Er wünscht die Entwicklung dieser Beziehungen, muß aber die Geschäftsleute vor Illusionen warnen. Er befürchtet, daß die offizielle Anerkennung in Rußland wäre, das Wesen und die Bedeutung des gegenseitigen Handelsverkehrs in wirklich fühlbarer Weise zu ändern.

Der Anteil Rußlands am Weltaußenhandel ist verschwindend klein. Die Schweiz hatte im Jahre 1935 als kleines Land von 4½ Millionen Einwohnern einen Außenhandel aufzuweisen, der bedeutender ist als derjenige des unermesslichen Rußlands mit seiner Bevölkerung von 160 Millionen. Der russische Außenhandel ist übrigens in einem Stumpfsinnungsprozeß begriffen. Er belief sich im Jahre 1935 im ganzen nur auf 1650 Millionen Goldfranken, während der Schweizerische Außenhandel noch eine Ziffer aufweist, die zwei Milliarden überschreitet.

Bundesrat Motta sprach dann davon, daß jeder Staat sich die Einrichtungen geben könne, die seinen Bedürfnissen entsprechen, daß es aber zu den schwersten staatlichen Mißbräuchen gehöre, wenn in die Außenpolitik die Parteieigenheiten hineingetragen würden. Von jeher habe sich deshalb der Bundesrat gegen die Vertreibungen der sozialistischen und kommunistischen Parteien erhoben, ihre Ideologien zur Basis der Außenpolitik zu machen. Wäre die russische Regierung im gegenwärtigen Augenblick in Rußland, darauf zu verzichten, die kommunistische Propaganda direkt oder indirekt zu unterstützen? Die Sowjetregierung könnte dies nicht, selbst wenn sie es verpräche.

Die kommunistische Propaganda stellt nun aber in unseren Augen ein moralisches Verbrechen dar, ein Verbrechen zwar, das unsere Gesetzgebung als solches noch nicht umschrieben und geahndet hat, aber dennoch ein Verbrechen. Die Sowjetregierung ist heute noch untrennbar von der III. Internationale. Es besteht zwischen der Sowjetregierung und der kommunistischen Partei eine teilweise Identität der Personen und eine verwirrende

widmet Vorkämpfer von Ribbentrop dem Wert einleitende Worte, die treffend die Vergeßlichkeit Locarnos beleuchten und feststellen, daß „Deutschland in seiner geographisch exponierten Lage im Herzen Europas und gegenüber einer gewaltigen Militärkoalition nichts anderes getan hat, als das primitive Recht eines Volkes wiederherzustellen, nämlich: das Recht zur Sicherung und Verteidigung seiner eigenen Grenzen“. Es liegt nach den Worten des Vorkämpfers Deutschland nicht am Herzen, immer wieder „Feststellungen negativer Art“ zu treffen, sondern „eine Atmosphäre der Versöhnung zu schaffen, die nur zwischen souveränen, gleichberechtigten Staaten möglich ist, und ohne die Umarmungen von wirklicher Dauer niemals zustande kommen können“.

Auch wenn sich dieser deutsche Standpunkt nur langsam durchsetzen wird, darf die Hoffnung nicht aufgegeben werden, daß nur er allein und der Glaube an die Einheit von Vernunft und Offenheit eine neue Ära einer besseren europäischen Politik der Friedenssicherung heraufzuführen können. In diesem Sinne unterzeichnen wir besonders die Sätze Ribbentrops: „Deutschland hat den ersten Wunsch, mit seinen Nachbarn einen loyalen und endgültigen Frieden zu schließen und im Westen ein neues Locarno aufzubauen. In seinem großen Friedensplan hat der Führer und Reichsführer Europa ein neues Locarno angeboten. Das deutsche Volk wünscht nichts schlichter, als dieses Vertragswort realisiert zu sehen“.

Wenn die 76 Dokumente zu Locarno hierfür eine kleine Pionierarbeit zu leisten vermögen, dann haben sie bereits eine große europäische Mission erfüllt. Deutsche Gründlichkeit, deutsche Offenheit und deutsche Wissenschaftlichkeit haben ein Werk zusammengetragen, das den letzten 17 Jahren europäischer Gestaltung einen Spiegel vorhält, der unverzerrt das alles wiedergibt, was statt zum Frieden zu immer sich weiter steigender Verunsicherung und Unsicherheit beigetragen hat. Die Völker aber haben an einer solchen Entwicklung weder Interesse noch Freude. Sie wollen den Frieden, wenn ihn nur ihre Regierungen zu realisieren bereit wären. An Deutschland und seiner Staatsführung wird es nicht liegen, mutig zu einer Zusammenarbeit zu schreiten, wenn auch auf der anderen Seite die Vorschläge Adolf Hitlers einer Würdigung begegnen, die eine ausschließliche Verhandlungsbasis gewährleistet.

Dr. Walter Bastian.

Solidarität der Ideen und Interessen. Der Einfluß Moskaus ist überall am Werke. Die III. Internationale schwingt die Brandfackel im Westen Europas und feiert dort die Verbindung von Kommunismus und Anarchie. Der Einfluß Moskaus arbeitet, wo er kann, an der Bildung von Volksfronten. Er bringt die französischen Kommunisten dazu, die Militärkredite anzunehmen, und die Schweizer Kommunisten, sie abzugeben. Die kommunistische Taktik kennt alle Formen und alle Schattierungen. Sie sucht Revolutionen in Brasilien, in Argentinien, in Uruguay und in anderen Staaten Südamerikas zu entfachen.

Es ist nicht richtig, so sagte Bundesrat Motta weiter, daß die Schweiz in ihrer dauernden Weigerung, Sowjetrußland offiziell anzuerkennen, allein dasteht. Holland, Portugal und Jugoslawien betreiben die gleiche Politik wie wir. Die 20 Republiken Süd- und Mittelamerikas handeln ebenso. Der Augenblick, unsere Politik abzuändern, wäre darum schlecht gewählt. Die politische Weltlage verbietet uns zu dulden, daß unser Boden unter dem Deckmantel von Privilegien und diplomatischen Immunitäten zu einem internationalen Propagandazentrum wird. Unser Volk würde es nicht verstehen, wenn der Nationalrat laub bliebe für den Appell einer verantwortlichen und einigen Regierung und dazu käme, einer Seite das Wort zu sprechen, die heute dem denkbar unerwünschtesten Abenteuer den Weg ebnet mißt.

„Basis der Weltrevolution“

Sowjetverfassung und weltrevolutionäre Propaganda.

Moskau, 11. Juni.

Die Moskauer Presse veröffentlicht eine an Stalin gerichtete Entschließung des Aktionsausschusses der bolschewistischen Moskauer Parteiorganisation, die ihrer Begleitung über den Entwurf der neuen sowjetrussischen Verfassung Ausdruck gibt, obwohl davon Einzelheiten noch nicht bekannt sind. Die Entschließung enthält folgende sehr bezeichnende Stellen:

„Die Stalinische Verfassung wird die Rolle der Sowjetunion als Basis der Weltrevolution noch steigern. Im Kampf um die Einheitsfront erhalten die Kommunisten aller Länder in der neuen Sowjetverfassung eine Waffe von besonderer Stärke.“

Die propagandistischen, weltrevolutionären Ziele der neuen Sowjetverfassung lassen sich wohl kaum besser als durch diese Entschließung charakterisieren.

Schutz des deutschen Blutes

Die erste Sitzung des Reichsausschusses.

Die erste Sitzung des Reichsausschusses zum Schutze des Deutschen Blutes wurde im großen Sitzungssaal des Reichs- und preussischen Ministeriums des Innern durch den Staatssekretär F. v. d. N. eröffnet. Staatssekretär v. d. N. begrüßte die Mitglieder des Ausschusses im Auftrage des Reichsministers des Innern Dr. Fritsch und führte in seiner Ansprache u. a. folgendes aus:

Die Verleumdung des Dritten Reiches habe ein höchstes Ziel und einen letzten Zweck: die Selbstbehauptung des deutschen Volkes, die Erhaltung und Entfaltung des deutschen Volkstums. Verwaltung und Rechtsprechung müßten die getreuen Helfer zur Verwirklichung dieses Zweckes der nationalsozialistischen Staatsführung sein. Der Führer habe in eindeutiger Weise die großen Gesichtspunkte gewiesen, nach denen unser Volk seine Blutsreinheit bewahren solle. Er habe durch ein großes Gesetzgebungswerk in organischer Auseinandersetzung die Voraussetzungen für die Endziele geschaffen, die zur rassischen Befestigung des deutschen Volkes führen.

In erster Linie dienten die auf dem Parteitag der Freiheit erlassenen Rassegesetze vom September 1935 diesem Zweck, das Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre, das Reichsbürgergesetz und das Ehegesundheitsgesetz.

Der Reichsausschuß habe die hohe Verantwortung für die Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre zu tragen. Bei den Entscheidungen sei die Mitwirkung erfahrener Sachverständiger zweckmäßig. In dieser Eigenschaft habe der Führer und Reichsführer die Mitglieder des Reichsausschusses bestellt. Wenn der Ausschuß nun seine Tätigkeit beginne, müßten sich alle seine Mitglieder dessen bewußt sein, daß sie an besonders verantwortungsvoller Stelle beim Wiederaufbau von Volk und Reich mitzuwirken hätten.

Hierauf übernahm Staatssekretär Dr. Studart die Leitung der Verhandlungen und eröffnete an Hand des Gesetzes die Absichten des Gesetzgebers und die grundsätzlichen Richtlinien, nach welchen der Reichsausschuß seine praktische Arbeit vollziehen werde.

„Quadratur des Kreises“

Die wirtschaftlichen Folgen des Streits in Frankreich.

Die rückläufige Bewegung in den Streiks in Frankreich scheint sich allmählich fester aufzusetzen. Es kam ein Abkommen zustande, durch das der Streik der Bergarbeiter in Nordfrankreich beendet werden konnte. Dieses Abkommen sieht eine allgemeine Lohnerhöhung von 12 v. H. vor. Am heutigen Donnerstag soll in sämtlichen Bergwerken die Arbeit wiederaufgenommen werden. In Paris erfolgte eine Eingung im Kleinhandel und im Versicherungsgewerbe, die dem Streik in diesen Wirtschaftszweigen ein Ende setzt. Eingegangen sind in Toulouse jetzt auch die Arbeiter des Baugewerbes und verwandter Gewerbe in den Streik getreten.

Bei Tagebrönden sind die Arbeitslosen dem Beispiel ihrer arbeitenden Kollegen gefolgt. Eine Abordnung von etwa 80 Arbeitslosen begab sich in das Rathaus von Chartres, um eine Reihe von Forderungen vorzubringen. Da der Bürgermeister des Ortes nicht zur Stelle war und die unteren Beamten in seiner Abwesenheit den Forderungen der Arbeitslosen nicht stattgeben konnten, bereitete diese das Rathaus und hielten neben der Titulatur die rote Fahne mit den Initialen des marxistischen Gewerkschaftsverbandes C.G.T. Man befürchtet, daß noch weitere Rathhäuser der Umgegend auf die gleiche Weise besetzt werden. Auf dem Markt von Argentan und Compiègne kam es wegen der hohen Butter- und Eierpreise zwischen Streikenden und Bauern zu scharfen Auseinandersetzungen.

Während die Regierung nachstehenden Blätter mit Verfolgung die bisher erzielten „Siege der Arbeiterkraft“ hervorhebt, versuchen die Wähler der Rechten nachzuweisen, daß die Forderungen der ausgetretenen Streikenden einer Entspannung nicht entsprechen. Mit einer gewissen Beunruhigung haben die Rechtsblätter den Fortschritt des Streiks zu bewerten versucht. Tatsächlich hat die Regierung in einer Verlautbarung vor Provokateuren warnen müssen.

wirtschaftlichen Auswirkungen

der neuen Abkommen zu befassen. Auf der Rechten wird einmütig die Auffassung vertreten, daß eine allgemeine Preiserhöhung und Lebensverteuerung unvermeidlich sei. Die Arbeitgeber scheinen nicht gewillt zu sein, die Kosten der unmittelbaren oder mittelbaren Lohnerhöhungen selbst zu tragen. So sehen sich die Kraftfahrer, die zunächst erfreut waren, am Montag überhaupt wieder Betriebsstoff zu bekommen, vor der unangenehmen Überraschung, daß die Preise für Benzin seit der vorigen Woche um etwa 6 bis 8 v. H. erhöht worden sind. Die Textilindustrie ist bereits mit der Forderung an den Staat herantreten, einen Ausgleich zu erhalten, um ausfahrbar zu bleiben. Zu dieser auch für die französische Ausfuhr sehr wichtigen Frage nimmt das Wirtschaftsblatt „Journé Industrielle“ unter der Überschrift „Quadratur des Kreises“ Stellung. Unter Einrechnung der Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden bei gleichem Wochenlohn und unter Berücksichtigung des bezahlten Urlaubs werde die Lohnerhöhung im Durchschnitt nicht 12 v. H. betragen, wie in dem grundsätzlichen Abkommen vom Montag vorgesehen sei, sondern etwa 35 v. H. Das Blatt hält es für unmöglich, diese Neubelastung zu tragen.

Wenn aber die Erzeuger diese Erhöhung nicht auf ihre Kunden abwälzen könnten, müßten sie die Kosten ihrer Betriebe schließen und die Arbeitslosigkeit werde zunehmen. Könnten die 35 v. H. aber den Preisen zugeschlagen werden, so trügen die Verbraucher die Kosten der Operation. Wie Zoubaud selbst zugegeben habe, würden die Erzeugnisse dann immer teurer werden.

Frankreich müsse daher seinen Zollschutz verstärken, was zu einer weiteren Preiserhöhung im Innern führen würde. Der einzig mögliche Ausgleich, so meint das Blatt, liege in einer Senkung der übrigen Generalzölle, wie z. B. der Steuern und des Zinsfußes. In den Ankündigungen Léon Blums seien zweifellos Anbeutungen in dieser Richtung zu finden. Es sei jedoch schwierig, dar-

an zu glauben, vor allem deshalb, da jeder Tag neue Pläne für weitere Ausgaben brächte, die den Staatshaushalt in eine Schacke fuhren müßten.

„Achtung vor der 40-Stunden-Woche“

Wie zu erwarten war, werden nicht nur bei der Opposition, sondern auch auf dem rechten Flügel der Volkspartei, bei den Radikalsocialisten, Bedenken gegen die Einführung der 40-Stunden-Woche in Frankreich nach sich ziehen. Mit einer Offenheit und Deutlichkeit, als ob ein Blatt der Opposition schriebe, erklärt die „Gazette“ (Paris) „Le Nouvelliste“, „Achtung vor der 40-Stunden-Woche“. Ihre Durchführung werde für die Ausgaben der Armee, ihre Mehrbelastung von 850 Millionen Francs bedeuten, bei der Kriegsmarine noch mehr. Im ganzen würde sich unter Einrechnung der sonstigen öffentlichen Betriebe, öffentlichen Arbeiten und Postverwaltung eine Mehrbelastung von 2 1/2 Milliarden Francs ergeben. Bei den Eisenbahnen würde die Durchführung der 40-Stunden-Woche eine Personalvermehrung erfordern, deren Kosten 1 1/2 Milliarden jährlich betragen würden.

Das wären für den Anfang also schon 4 Milliarden Francs.

Könnte die Arbeitslosigkeit, die im übrigen die Gesamtheit nur eine Milliarde koste, durch diese Maßnahme besänftigt werden oder werde sie nicht vielleicht sogar noch ansteigen? So würde also die Einführung der 40-Stunden-Woche, ohne die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, schwer auf den öffentlichen Finanzen lasten und eine Vertiefung der Lebenshaltung herbeiführen. Welchen Gewinn aber habe die Arbeiterklasse davon? Die 40-Stunden-Woche bedeute daher ein gefährliches Abenteuer, solange sie nicht von allen großen Erzeugerländern durchgeführt werde.

Gepeinigtes Spanien

Blutige Folgen des roten Bruderkrieges.

Madrid, 11. Juni.

In Malaga wurde der kommunistische Abgeordnete Rodriguez, Mitglied des Gemeinderats, auf offener Straße überfallen und durch mehrere Schüsse niedergestreckt. Kurz darauf wurde ein Anschlag auf den Führer der Anarchosyndikalen verübt. Dieser wurde von sechs Kugeln getroffen und erlitt lebensgefährliche Verletzungen. Man vermutet, daß es sich um einen Mordakt der Kommunisten wegen des Ueberrasses auf Rodriguez handelt.

Die Marxisten und die anarchosyndikalistischen Gewerkschaften haben die blutigen Zwischenfälle zum Anlaß genommen, um erneut den Generalstreik in Malaga auszurufen. Die Anschläge beweisen, daß sich die in den letzten Wochen zutage getretene Spannung zwischen Marxisten und Anarchosyndikalen noch weiter verschärft.

In Huelva hat der Bürgermeister, der der Volksfront angehört, die Beseitigung aller Heiligenbilder von den Säulen innerhalb von 24 Stunden angeordnet.

In Malaga wurde eine Textilfabrik wegen sozialer Schwierigkeiten stillgelegt. Die Behörden haben angeordnet, daß der Belegschaft, die 1400 Mann fast ist, die vollen Löhne noch für 13 Wochen gezahlt werden.

Im Madrider Stadtviertel Cuatro Caminos sind wieder zahlreiche Läden und Cafés von streikenden Anarchosyndikalen aufgebrochen und die Ladeninhaber zum Teil unter Drohung mit Pistolen zur Herausgabe von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen aufgefordert worden. Die Täter boten den Verkäufern auf Scheine des anarchosyndikalistischen Gewerkschaftsbundes C.F.T. an, in denen dieser die Schulden seiner Mitglieder übernimmt. Die Polizei konnte nur in wenigen Fällen das Vorgehen der Streikenden verhindern.

Die Arbeitsbeschaffung

Dr. Goerdeler vor dem Gemeindefangreg

Berlin, 11. Juni.

Im Mittelpunkt des dritten Tages des Internationalen Gemeindefangreges, mit dem der Berliner Verbandlungen zu dem ersten Thema der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Gemeinden abgeschlossen wurden, stand eine große Rede des Leipziger Oberbürgermeisters Dr.

Dieser atmete schwer. „Ja... ich verstehe Sie. Ich selbst habe jahrelang mit mir gekämpft. Ich wollte ich Jane suchen, zurückholen, aber mein Stolz war doch stärker als meine Sehnsucht. Sie war schön... oh... bewundernswert schön. Sie haben es ja, wie schön sie jetzt noch ist, obwohl sie die Verzögerung überschritten hat.“ „Und was gedenken Sie nun zu tun?“ „Doktor Poet, wollen Sie mir einen Freundschaftsdienst erweisen?“ „Gern!“ „Sprechen Sie mit Janel. Versuchen Sie, in dem Sinne auf sie einzuwirken, daß sie sich mit der Scheidung einverstanden erklärt. Ich will mein Glück ihr wegen nicht opfern. Und... sprechen Sie bitte auch mit Margarete. Ich vermag es nicht. Vielleicht wird sie mich verachten, weil ich ihr die Wahrheit verschwiegen.“ „Das glaube ich nicht. Herr von Rapp! Aber ich will jedenfalls mit ihr sprechen.“

Nachdem der Arzt sich von Rapp verabschiedet hatte, bat er Margarete, ihn in den Garten zu begleiten. „Schwester Margarete... Ihr Glück kam über Nacht und es kann über Nacht wieder von Ihnen gehen, wenn Sie nicht stark sind“, begann er.

Das Mädchen blickte dem Arzt erschrocken an.

„Was ist geschehen?“

„Jene Tänzerin, über die sich Herr von Rapp so sehr erregte... ich... ich... ich...“

Diese Erwähnung traf Margarete schwer. Sie hatte Mähe, sich zu bethätigen. Aber tapfer drängte sie die Tränen zurück.

„Seine Frau? Jetzt... verstehe... ich alles! Und... was soll nun werden? Muß ich verzichten, Doktor?“

„Nein, Margarete! Georg von Rapp liebt nur Sie, er will die Scheidung, die seine Frau all die Jahre verweigerte, jetzt erzwingen. Und mich hat er gebeten, die Sache in die Wege zu leiten.“

„Und... wird das nicht Eünde sein?“

„Nein, Margarete! Die beiden haben zwanzig Jahre lang keine Gemeinschaft miteinander gehabt. Hat da diese Bindung noch einen Sinn?“

Stumm nickte das Mädchen.

Goerdeler über die Finanzierung der deutschen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Dr. Goerdeler schilderte die deutschen Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die in den Jahren 1933-34 in Deutschland ergriffen sind, um die Arbeitslosigkeit von den verschiedenen Seiten der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu finanzieren. Dr. Goerdeler:

Die Kosten wurden aus laufenden Einnahmen, durch Anleihen und durch endlich ist durch die freiwillige Spende der Arbeitgeber und der Arbeiter zur Verfügung gestellt. Für die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind im Rahmen der Haushaltsmittel des Reiches 1135 Millionen Reichsmark bereitgestellt worden, die Ende 1934 fast restlos aufgebraucht waren. 140 Millionen Reichsmark sind durch freiwillige Spenden zur Förderung der nationalen Arbeit gedeckt. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in den Jahren 1933 bis 1935 im das sind in der Regel die Länder, Gemeinden und Arbeitsgemeinschaften, bewilligt wurden.

Bei der Ausdehnung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen konnten die Mittel nicht mehr durch die kurzfristigen Kredite, sondern auf dem Kapitalmarkt nur durch langfristige Anleihen beschaffen werden. Es sind daher neue Wege eingeschlagen worden. Zunächst der Vorfinanzierung durch die Reichsbank, die den Vorrat an künftigen Einnahmen, also eine Belastung des künftigen Staatshaushalts, darstellt.

Dieser Methode liegt die Annahme zugrunde, daß eine verstärkte Arbeitsbeschäftigung erhöhte Umsätze, geringere Unkosten und damit größere Steuerkraft der gesamten Wirtschaft erzeugt.

Die Vorfinanzierung erfolgte kurzfristig durch Wechsel, wobei sich das Reich zur Einlösung aus Staatskassen verbürgte. Die Vorbelastung beträgt für die Jahre 1933, 1934: 741, 1935: 985, 1936: 919, 1937: 914, 1938: 909 Millionen Reichsmark.

Eine sehr wesentliche Belastung des Arbeitsmarktes bedeutet natürlich alle direkten Aufträge des Staates zur Erfüllung von Staatszwecken aller Art. Es ist in Deutschland nicht anders als sonstwo in der Welt, daß die öffentliche Beschäftigung auch die Förderung des Volkswirtschaftlichen erhebliche Teile des Volkseinkommens in die Hände der öffentlichen Hand überführt. Deutschland hat sich von Subventionen der Wirtschaft wieder frei gemacht.

Südhina macht mobil

Tschiangkaiſchek mahnt zur Besonnenheit.

Schanghai, 10. Juni.

Die Unzufriedenheit Kantons über die angeblich zu nachgiebige Haltung der Kantinger Regierung gegenüber Japan hat eine ernste Bürgerkriegsgefahr heraufbeschworen.

In den südhinesischen Provinzen Kwangtung und Kwangsi ist die allgemeine Mobilmachung aller Land-, See- und Luftkräfte beschlossen worden. Die bisherigen Truppenkräfte von 150 000 bzw. 100 000 sollen auf insgesamt 500 000 gebracht werden. Ähnlich wird der Einsatz von 4 Divisionen der Kwangsi-Armee nach Hunan befohlen. Die Vorhut soll nach einer Meldung aus Tschiangkai über Tsungshui bereits 150 Kilometer tief in die Provinz Hunan eingedrungen und die Stadt Tsungshui angeblich schon erreicht haben.

Marschall Tschiangkaiſchek hat zur Vermeidung blutiger Zusammenstöße die Zurückziehung der Regierungstruppen aus Südost-Hunan befohlen, um solange als möglich einen Weg zu friedlicher Regelung frei zu lassen. In einem umfangreichen Telegramm hat Tschiangkaiſchek außerdem den Südhinesischen Führern dringend aufgefodert, alle militärischen Vorbereitungen sofort einzustellen und von separatistischen Aktionen des Südhinesischen Abstand zu nehmen.

110 Tote, 4118 Verletzte

Der Reichsverkehrsminister teilt mit: 110 Tote, 4118 Verletzte sind in der vorigen Woche die Opfer des Straßenverkehrs in Deutschland. Eine Stadt mit Hauptknoten zeigt, daß in ihr der Kraftfahrer rücksichtslos fährt, und der Fußgänger sich falsch verhält.

Als Margarete dann allein war, kamen die ersten Tränen und befeuchten ihr armes Herz von dem bitteren Weh.

„Die Adresse der Tänzerin Joan?“ fragte der Direktor des „Elstobad“, an den Dr. Poet sich gewandt hatte. „Sie wollen sie mir wohl wegschlagen?“ „Keine Sorge!“ beruhigte Poet den Mißtrauischen. „Ich bin weder „vom Bau“, noch möchte ich Gräueln Joan engagieren.“

Der Arzt lächelte. „Meinetwegen, wenn Sie es so nennen wollen!“ Also, wo wohnt der Stern meiner schlaflosen Nächte?“

„Im Sanja-Hotel! Kenn' Sie nicht, was? Auch kein Wunder, denn es liegt abseits in der Butenstraße. Es ist ein einfaches, aber sauberes Haus. Ja, in einem Sanja-Hotel kann unsere Kräfte nicht wohnen. Da lange das Geld nicht.“

„Zahlen Sie doch mehr, Direktor!“

„Erst kann und dann zahlen, Verehrter! Wo viel Glück!“

Dr. Poet war schon draußen.

Der Arzt wunderte sich, als er das bezeichnete Gefunden, daß eine Frau wie Joan in diesem kleinen bürgerlichen Haus zweiten Ranges sich wohlfühlen konnte. Der Portier ist sehr höflich und bezieht sich zu verstehen, daß Madame hier wohne, aber daß sie niemand empfangen. Ob der Herr von der Presse sei?

Dr. Poet verneinte und bittet, ihn doch zu melden, er käme nicht, um Madame zu belästigen, sondern einen ersten Familienangelegenheit wegen.

Wald sieht Dr. Poet der schönen Frau gegenüber. Er ist im ersten Augenblick etwas befangen, als er seinen Namen nennt.

Die Tänzerin wirkt heute ganz anders. In ihrem Blick liegt nichts von der leidenschaftlichen Wildheit, die der Tanz ihr gestern aufgeprägt. Ein müder, schmerzlicher Zug liegt um den Mund.

Schwester Margarete
URHEBER-RECHTS
SCHUTZ: VERLAG
OSKAR MEISTER
WERDAU
ROMAN VON WOLFGANG MARKEN

(24. Fortsetzung.)

Dr. Poet nickte ernst. „Ich nehme an, daß es Gründe ganz besonderer Art gewesen sind, die Sie seinerzeit veranlaßten, sich von Ihrer Frau zu trennen.“

„Ja! Ich erfuhr von ihrer bewegten Vergangenheit und stellte Jane zur Rede. Sie selbst nämlich Jane Waagen, Joan ist nur ihr Bühnennamen. Gekennzeichnete Schwärze, die in der Vergangenheit meiner Frau aufklimmte. Man zeigte mir Bilder, die sie als Tänzerin in Badung darstellten, Bilder, die mir erst die Augen öffneten.“

„Was sagte Ihre Frau zu ihrer Verteidigung?“

„Jane leugnete, niemals in Badung gewesen zu sein. Es kam zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen uns. Sie begriff nicht, wie ich überhaupt an ihr zweifeln könnte und weigerte sich, irgend etwas zu ihrer Entlastung vorzubringen. Ich sehe sie heute noch vor mir, wie sie mir entgegenstrebte: Und wenn ich jenes „Mädchen von Badung“ gewesen wäre, von der du sprichst, selbst dann müßte es dir gleichgültig sein, wenn du mich wirklich liebtest! Die Uebervindung aber befaß ich nicht. Und so trennten wir uns.“

„Sie bestand auf Scheidung, doch Jane weigerte sich. Sie legte eine Urkunde bei Gericht in Hamburg nieder, in der sie erklärte, niemals in eine Scheidung unserer Ehe einwilligen zu wollen. Ein böswilliges Verlassen ihrerseits sei nicht erfolgt. Auf jedes Geld und Erbe verzichtete sie von vornherein, sie wolle nur, daß ich niemals wieder ein Mädchen so unglücklich mache, wie sie.“

„Eigenlich eine Frau, der ich meine Achtung nicht versagen kann, Herr von Rapp.“

Aus der Heimat

Spangenberg, den 11. Brachmond 1936.

Die Vogelwelt im Juni

Wohl bezeichnet man den Juni als den Hauptzeitpunkt der Vogelwelt. Und so ist es auch. Bei den Vögeln wird aber bereits im Mai der erste Zug an. In den ersten Junitagen vermehren sich einzelne Sänger und sehr bald folgen andere. Einer der ersten unvermeidlichen Sänger, der seinen Platz einnimmt, ist der Trauerschnäpper. Ihm folgen die Meisen und der ebenfalls zu ihnen gehörende Blaukehlchen. Zurückzuführen ist das in erster Linie auf die zunehmende Tätigkeit des Brutgeschäftes und der auf die anstehende Fütterung der Jungvögel, die das Geschlecht verlassen haben und ihre ersten mühsamen Flüge machen. Der Vogelfreund sollte vor allem auf die Vögel achten, die jetzt häufig unterwegs sind, denn ihnen fällt mancher mühsam ansehnliche Jungvogel zum Opfer. Verschiedene Vögel scheitern auch noch zum zweiten Male zur Brut, dazu gehören vor allem das Weibchen, die Amseln und Singschnecken, während man bei den Sperlingen oft sogar drei Bruten feststellen kann. Nach der Brutzeit setzt schon allmählich ein. Kleibte und Wundvögel wandern schon wieder flüchtig, doch handelt es sich hier meistens um Vögel, die anscheinend nicht gewöhnt haben, oder aus sonst einem Grunde die Heimat verlassen, obwohl sie noch überall reichlich Nahrung finden.

Ernte. Vor einigen Tagen berichteten wir über das 25-jährige Jubiläum des hiesigen Angehörten Wilhelm Schmidt. Heute können wir noch nachtragen, daß seine Verdienste um das allgemeine Wohl noch das durch anerkannt wurden, daß ihm die Kreisverwaltung der Deutschen Arbeitsfront ein Bild des Reichsleiters Dr. Robert Ley überreichte. Die Stadt und die Gesellschaft schenken dem Jubilär ein Zeugnis der heimischen Industrie.

Arbeitsjubiläum. Der bei der hiesigen Firma A. Braun beschäftigte Fabrikarbeiter David Nädler aus Melsungen feierte gestern sein 25-jähriges Betriebsjubiläum. Der Arbeitsjubilär wurde seitens der Firma und seiner Arbeitskameraden in reichem Maße geehrt. Ein Vertreter der Kreisverwaltung der Deutschen Arbeitsfront überreichte ihm den besten Glückwunsch ein Bild des Reichsleiters Dr. Robert Ley.

Ferienkinder kommen nach Spangenberg. Heute wird es in einzelnen Orten unseres Kreises junge Gäste geben. 23 Kinder kommen aus dem Gau Weimarsied. Hier von kommen nach Spangenberg drei Mädchen und zwei Knaben. Wünschen wir den Kindern aus dem Industriegebiet in unserem schönen Bergstädtchen gute Erholung.

Sonntagsrucksackfahrten nach Melsungen. Zum Heimat- und Schützenfest in Melsungen werden von allen Fußballvereinen im Umkreis von 50 Kilometern Sonntagsrucksackfahrten nach Melsungen mit folgenden Stützpunkten ausgegeben: Hinfahrt: 13. Juni 0 Uhr bis 14. Juni; Rückfahrt: 13. Juni 12 Uhr bis 15. Juni 12 Uhr (Antritt der Rückreise).

Mit „Kraft durch Freude“ zur Olympiade. Die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ wird anlässlich der XI. Olympischen Spiele mit einem Sonderzug am 8. und 13. August nach Berlin fahren. Während für den ersten Zug Eintrittskarten für Hockey, Polo, Ringen und Korbball zur Verfügung stehen, haben wir mit dem zweiten Zug Gelegenheit, Fußball, Hockey und Bogensport zu beobachten. Für alle diese Sportarten sind jedoch Eintrittskarten nur in beschränktem Umfang vorhanden, sodass Anmeldungen für beide Fahrten schnellstens abgegeben werden müssen. Zug 1: einschl. Bahnfahrt, Eintritt zum Stadion, Befestigung der Deutschlandhalle — ohne Verpflegung — kostet RM. 10,70; Zug 2: RM. 11,50. Es besteht außerdem die Möglichkeit, sich den Sonderzügen anzuschließen ohne Inanspruchnahme der Bahnleistungen. In diesem Falle ermäßigt sich der Teilnahmepreis beim Zug 1 um RM. 1,50 und beim Zug 2 um RM. 2,50. Auskunft erteilen die Orts- und Betriebskomitees, sowie die Kreisdienststelle Melsungen.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Kassel teilt mit: Vor einiger Zeit ist die irreführende Nachricht durch einige Zeitungen gegangen, daß bei den Zugwagen die Benutzung der Übergangsbrücken zwischen den einzelnen Wagen während der Fahrt neuerdings gestattet sei. Diese Nachricht trifft nicht zu. Die Übergangsbrücken der neuen Zugwagen dürfen nach wie vor mit Rücksicht auf die höhere Geschwindigkeit der Züge von den Reisenden während der Fahrt nicht benutzt werden.

Kassell. Bei Untersuchungsarbeiten fliehen Arbeiter auf einem Grundstück am Georg-Stock-Platz in etwa 70 cm Tiefe auf drei menschliche Skelette. Da vor einigen Jahren im Wirtschaftsgebiet des früheren Gasthauses „Zum Anker“ auch mehrere Skelette aufgefunden wurden, vermutet man, daß es sich hier um einen früheren Friedhof handelt.

Kassell. Vor der Großen Strafkammer in Kassel hatte sich in der Revisionsoverhandlung ein Mann zu verantworten, der in der Nacht zum 14. 7. 35 auf der Bergstraße in Wilhelmshöhe einen Unfall verursacht hatte. Der Mann hatte mit seinem Kraftwagen, an dem nur ein Licht brannte und beide Bremsen nicht in Ordnung waren, ein entgegenkommendes Motorrad mit Fahrerangehörigen angefahren und hatte darauf die Flucht ergriffen. Während der Fahrer des Motorrades bei dem Unfall nur leichtere Verletzungen erlitt, war der Verursacher in so schwerer Weise verunglückt, daß er ohne das Verursachen wieder erlangt zu haben, verschied. Bereits am 22. Oktober 1935 hatte die Große Strafkammer in Kassel den schuldigen Fahrer, der erst einige Tage nach dem Unfall ermittelt

werden konnte, wegen fahrlässiger Tötung, wegen Fahrerflucht und Verletzung der Reichsstraßenverkehrsordnung zu 11 Monaten Gefängnis verurteilt. Dem vom Beschuldigten eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht, soweit die Fahrerflucht in Frage kommt, verworfen, im übrigen erfolgte Zurückweisung an das Landgericht in Kassel. Aber auch die erneute Verhandlung vor der Großen Strafkammer führte zu keiner Entlastung des Angeklagten. Unter Eingehaltung der durch Urteil vom 22. Oktober 1935 wegen Fahrerflucht verhängten zwei Monate Gefängnis wurde auf eine Gesamtsstrafe von 11 Monaten erkannt.

Früha. An einer unbefestigten Stelle in der Nähe von Raus fliehen ein Wagen aus Früha und ein Mainzer Wagen zusammen. Drei Personen des Mainzer Wagens erlitten bei dem Zusammenstoß schwere Verletzungen und mußten in das Krankenhaus eingeliefert werden.

Bad Nauheim. Lieber Vab Nauheim und Friedberg entlud sich ein sehr heftiges Gewitter, das neben wolkentrübendem Regen auch Hagelschlag brachte. Auf den Dächern und in den Gärten entfielen erheblicher Schaden. Zum Teil waren die niederstehenden Wassermassen so gewaltig, daß Überflutungen entstanden. Der entstandene Schaden dürfte zum Teil recht erheblich sein.

Gießen. Das Förster-Gepaar in dem Forsthaus Waldhaus bei Krodorf hatte bei einem schweren Gewitter gerade das Zimmer verlassen und sich in die Küche begeben, als der Blitz in die Telefonleitung einschlug, von dort auf die elektrische Leitung überstrang und dadurch in dem Raum, in dem sich die Eheleute wenige Sekunden vorher befunden hatten, großen Schaden anrichtete. Dem Förster gelang es, die Brandstellen in dem verqualmten Forsthaus zu löschen.

Merkei Neuigkeiten

Flugkapitän Steinbock 50 Jahre alt. Deutschlands ältester Flugzeugführer, der heute noch auf den planmäßigen Strecken der Deutschen Luftlinie auf ganz Europa fliegt, Flugkapitän Hans Steinbock, vollendete am Dienstag sein 50. Lebensjahr. Auch an seinem 50. Geburtstag, an dem wohl sonst jeder andere „feiert“, ließ es sich dieser alte Luftkämpfer, der bei Hans Grabe einmals anfang und im vergangenen Jahr sein 25-jähriges Fliegerjubiläum beging, keineswegs nehmen, seine tägliche Strecke zu fliegen.

Aufführung nach acht Jahren? Vor acht Jahren hatte ein geheimnisvoller Raubmord in der Gegend von Liegenburg großes Aufsehen erregt. In der sogenannten Räuberhöle zwischen den Ortschaften Zellbach und Waldersdorf war am 15. September 1928 eine gräßlich vergerichtete weibliche Leiche gefunden worden. Ohne Zweifel lag Raubmord vor, denn bei der Ermordeten — einer Kasselerin und Hausfrau namens Grell von Widenberg — fehlten 100 Mark, die sie kurz vorher kassiert hatte. Bis jetzt war die Tat ungelöst geblieben. Nunmehr wurde ein gewisser Mirbach in Sandstuf verhaftet, der der Tat dringend verdächtig ist. Anzeigen eines angetrungenen 72-jährigen Mannes lenkte die Spur auf Mirbach. Eine Gegenüberstellung der beiden führte zu Mirbachs Festnahme.

Junfers anhalt Joller

Der Abflug des schwedischen Flugzeuges. Stockholm, 11. Juni. Der Chef der schwedischen Flugverkehrsgesellschaft „Aero Transport“, Kapitän Flormann, gab zu dem Abflug des größten Flugzeuges des Aero Transport, „Lapland“, das vor etwa einem Jahre auf der Strecke Malmö-Amsterdam in Dienst gestellt wurde, eine Erklärung ab, worin es u. a. heißt, daß der schwedische Luftverkehr bis auf weiteres keine Absicht habe, ein Verkehrsflugzeug von derselben Art wie die „Lapland“ zu erwerben. Die verunglückte diernotorische Jollermaschine war bisher das einzige Verkehrsflugzeug dieser Art, das bei der Aero Transport Dienst getau habe, und man müsse hervorheben, so sagte Kapitän Flormann, daß es den Ansprüchen vollends genüge. Indessen plane die Aero Transport schon seit längerem, einige größere Junfers-Flugzeuge für den Luftverkehr zu erwerben. An Stelle der abgetragenen „Lapland“ sei gleichzeitig ein vor kurzem geliefertes Junfersflugzeug auf der Amsterdam-Linie eingestellt worden. In den letzten Tagen fanden über dem neuen Land-Flughafen Bromma bei Stockholm Probeflüge mit dem neuen zweimotorigen zehnjährigen Junfers-Schnellflugzeug „Ju. 86“ statt, an denen sich u. a. schwedische Jagdleute, Mitglieder des Reichstages und Vertreter der hauptstädtischen Presse beteiligten. Das Flugzeug fand großen Beifall und volle Anerkennung auch in den Berichten der Stockholmer Zeitungen.

Eine verdächtige Feuersbrunst

Die Untersuchung des Bularester Einfuhrungslüdes. Bularester, 10. Juni. Das Einfuhrungslüde bei der Parade der Jugendverbände beschäftigte bereits den Bularester Gerichtshof. Der Staatsanwalt hat außer dem bereits verhafteten Leiter des Bauamtes der hauptstädtischen Verwaltung sowie dem Bauunternehmer, die die eingeführten Tribünen errichtet hatten, auch den Bürgermeister Vajlescu und den ersten Baumeister der Hauptstadt in Haft genommen. Die Angeklagten versuchten, die Schuld auf den Bürgermeister zu schieben, der ihnen angeblich eine zu kurze Frist für die Errichtung der Tribünen festgesetzt hatte.

Inzwischen brach eine Feuersbrunst aus, die die anderen Tribünen auf dem Paradeplatz ergriff, die von denselben Unternehmern errichtet worden waren. Die Feuerwehr konnte das Feuer sofort löschen. Es besteht die Vermutung, daß Beauftragte der schuldigen Unternehmer die Beweise ihrer Nachlässigkeit in den Flammen aufgehen lassen wollten.

Ämtliche Einzelheiten über das Befinden der Verunglückten und über die Zahl der Toten wurden nicht mehr veröffentlicht. Die Behörden behaupten, daß außer den drei Toten, die in der ersten Bekanntmachung angegeben worden seien, keine neuen Todesfälle zu verzeichnen sind. Dennoch berichten die Wälder über zahlreiche Fälle von verschwundenen Personen, die sich weder unter den Verletzten noch unter den ämtlich angegebenen Toten befinden.

Keine Belästigung ohne Arbeitsbuch

Nach einer solchen erlassenen Verordnung des Reichsarbeitsministeriums dürfen in folgenden Betriebsgruppen Arbeiter und Angestellte, für die ein Arbeitsbuch auszustellen ist, vom 1. Juli 1936 an nur beschäftigt werden, wenn sie im Besitze eines ordnungsmäßig ausgestellten Arbeitsbuches sind:

1. Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht, Forstwirtschaft, Fischerei, 2. Bergbau, Salinenwesen, Forstwirtschaft, 3. Textilindustrie, 4. Verflechtungsindustrie, 5. Musikinstrumenten- und Spielwarenindustrie, 6. Verflechtungsindustrie, 7. Wasser-, Gas- und Elektrizitätsgewinnung und -verteilung, 8. Metallgewerbe, 9. Galvanoplastik, 10. Häusliche Dienste.

Wer entgegen den gesetzlichen Vorschriften einen Arbeiter oder Angestellten beschäftigt, macht sich strafbar.

Urlaub nur in Ausnahmefällen

Das Oberkommando des Heeres gibt bekannt: Versuch werden von Wehrpflichtigen, die ihre aktive Dienstpflicht erfüllen, oder von deren Angehörigen an die Dienststellen Anträge auf längerer Urlaub zur Aufrechterhaltung des Betriebes oder der Landwirtschaft gestellt. Solchen Anträgen kann im allgemeinen nicht stattgegeben werden, da die an und für sich kurze Ausbildungszeit zum Erreichen des Ausbildungszweckes bei längerer Urlaubnahme nicht mehr ausreicht. Ausnahmslos darf bei Vorliegen besonderer Gründe Urlaub erteilt werden, wenn 1. ein tatsächlich besonderer Notfall festgestellt wird; 2. während der Urlaubszeit bei der Truppe keine besonders wichtigen Ausbildungsvorhaben durchgeführt werden.

Erklärungen durch die Straßenbahn

Zeugenaussagen im Baugrubenunglücks-Prozess.

In der Mittwoch-Sitzung des Prozesses des Baugrubenunglücks in der Hermann-Göring-Straße machte einer der Arbeiter, der Zeuge Franz Sobotta, interessante Zeugenaussagen über die Erklärungen, die durch den Straßenbahnverkehr an der Baustelle entstanden sind. Als einer der ersten, so erklärte der Zeuge, war Reichsminister Dr. Goebbels nach der Katastrophe an der Unfallstelle erschienen. Der Minister sagte zu einer Gruppe von Arbeitern, bei der sich auch der Zeuge befand, daß er die Schwankungen der Straßenbahn an der Baustelle vom Fenster seiner Wohnung aus häufig beobachtet hätte. Er habe schon mehrmals daran gedacht, ob nicht die Straßenbahn besser verlegt werden müßte. Soeben entwickelte sich eine längere Erörterung über einen bezüglichen Vorfalle.

Der Zeuge erklärte, daß eines Tages eine Straßenbahn an der Baustelle so schnell vorbeigefahren sei, daß durch die entstehenden Erschütterungen aus einem Haufen von Steinen eine solche herausgerissen und quer über die Schiene gefallen sei. Dadurch sei eine Straßenbahn, die wegen ihrer Geschwindigkeit nicht mehr rechtzeitig abbremsen konnte, auf die Steine aufgefahren, und der Rangier der Bahn sei vollständig überfahren worden. Der Angeklagte Reichsbaurat Schmitt befragte diese Befundung des Zeugen.

Der Angeklagte Reichsbaurat Wehner erklärte hierzu, er habe selbst beobachtet, daß Straßenbahnen im 20-Kilometer-Tempo die Unfallstelle überfahren hätten.

Dr. Goebbels als Zeuge

Das Gericht hat auf Antrag der Staatsanwaltschaft für Donnerstagmittag 11 Uhr die Ladung von Reichsminister Dr. Goebbels, Ministerialrat Sante, Stabschefen von Dr. Goebbels und Major Kettel befohlen. Die Ladung erfolgte auf Grund der Zeugenaussage des Arbeiters Sabotta.

Umbildung der italienischen Regierung

Graf Ciano Außenminister. — Rücktritt von Suwich. Die teilweise Umbildung der italienischen Regierung, von der bereits seit einigen Wochen gesprochen wurde, ist durch königliche Dekrete vollzogen worden. Danach werden das Außenministerium, das Korporationsministerium und das Kolonialministerium, die seit Januar 1935 neben den Wehrmachtministern und dem Innenministerium in Händen des italienischen Regierungschefs lagen, von Mussolini abgetreten.

Der bisherige Propagandaminister, Graf Galeazzo Ciano, wird Außenminister. Der bisherige Staatssekretär im Korporationsministerium, Santini, wird Korporationsminister, und der Staatssekretär des Kolonialministeriums, Lessona, wird zum Kolonialminister befördert. Der bisherige Staatssekretär im Propagandaministerium, Alfieri, wird Propagandaminister.

Gleichzeitig ist das Rücktrittsgesuch des bisherigen Staatssekretärs im Außenministerium, Suwich, vom König genehmigt worden. An seine Stelle tritt der derzeitige italienische Botschafter in Warschau, Bastianini.

Mussolini hat an Suwich für seine vierjährige Mitarbeit ein Handschreiben gerichtet und ihm einen hohen Vertrauensauftrag vorbehalten.

Abends als Letztes Chlorodont - dann erst ins Bett !

Bereinskalender

Freiw. Feuerwehr Spangenberg
Sonntag, den 14. ds. Mts., früh 7,30 Uhr
Feuerübung (in Blau). Kassele am rechten Flügel. Antreten am Gerätehaus.
Der Hauptbrandmeister.

Unfriede verzehrt

Nach langen Verhandlungen hat der neue Chef der französischen Regierung, Léon Blum, zwischen den französischen Arbeitern, oder besser gesagt zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden eine grundsätzliche Verständigung zustande gebracht, freilich, ohne damit auch schon den Arbeitsfrieden wiederhergestellt zu haben. Die zahllosen Streiknachrichten aus Paris und der französischen Provinz leiten unsere Gedanken zurück in die eigene traurige Vergangenheit, das es noch möglich war, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer, um ihre Forderungen durchzusetzen, in den Streik traten bzw. Aussperrungen vornahmen. Dazu kamen die vielen, oft recht blutigen politischen Streiks. Mit einem Schlage ist das anders geworden. Aber es ist wertvoll, sich vor Augen zu führen, welche Verluste Volk und Wirtschaft damals erlitten haben: Vom Jahre 1919 bis zur Nachkriegsperiode erschütterten die deutsche Wirtschaft nicht weniger als 26.320 Streiks und Aussperrungen, die naturgemäß nicht nur den betroffenen Unternehmungen selbst schweren Schaden zufügten, sondern den im Ausland befindlichen Arbeiter selbst in eine trostlose und verzweifelte Lage brachten. Durchschnittlich wurden 1.88.000 Beschäftigte jährlich vom Streik erfasst und waren auf die wenigen Vermöge der Streikreifen der Gewerkschaften angewiesen. Wie groß der Schaden war, zeigt allein die Zahl der verlorenen Arbeitstage. 197.919.000 Tage dienten nicht der aufbauenden Arbeit, sondern verzweifelter Kämpfen und Kämpfungen des politischen Terrors und der Unvernunft, brachten Hunger, schärften Klassenhaß und Verbitterung, trieben Hunderttausende in die Arme Moskaus und am Schluß stand die Verweisung, das Elend und die große Not. Über 14 Milliarden, 1.266.000.000 RM., konnten nicht in die Löhne fließen und damit in den Arbeiterhaushalt wandern, sondern gingen dem schaffenden Menschen verloren. Wenn wir jetzt heute phantastisch annahmen, Zahlen an uns vorübergehen lassen und durch die französischen Vorgänge wieder die Schreden der Streiks, seiner Hintergründe und Auswirkungen erkennen, dann können wir erst erkennen, was uns der Führer erspart und geschenkt hat, als er an die Stelle des Kampfes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die große Gemeinschaft der Schaffenden und ihren gemeinsamen Kraftbeitrag für das Wohl der Nation und ihre Zukunft setzte.

Rote Wählerarbeit in Polen

Auch in Odgingen schwere Zusammenstöße.

Nachdem es am Montag in Thorn zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und streikenden Arbeitern gekommen war, erfolgten am Dienstag in Odgingen Zusammenstöße zwischen der Polizei und streikenden Bauarbeitern, in deren Verlauf eine Anzahl von Demonstranten verwundet wurde. Auch in Lodz ist ein Streik der bei öffentlichen Arbeiten Beschäftigten ausgebrochen, der jedoch ruhig verläuft. — Im Zusammenhang mit diesen Ereignissen warnen die Presse die Arbeiterklasse vor der Wählerarbeit kommunistischer Agitatoren.

„Gazeta Polska“ schreibt, die Streikbewegung habe sich in den letzten Tagen in beunruhigender Weise ausgedehnt. Zweifellos handele es sich dabei um eine planmäßige staatsfeindliche Aktion, deren Ziel es sei, die Liquidierung der Arbeiter zu erschweren. Alle Leute guten Willens müssen die Aufmerksamkeit auf diese Aktion richten und darauf hinweisen, daß es sich bei diesen Streiks um ein bewußtes Ziel handele, bei dem die Lage des polnischen Arbeiters zu tatsächlichen Manövern ausgenutzt würden.

Palästina in Aufruhr

Neue Eisenbahnanschläge und Brandstiftungen.

Jerusalem, 11. Juni.

Die am Jaffa-Tor zur Explosion gebrachte Bombe hat drei Todesopfer gefordert. Am Dienstagmittag wurden im Valfour-Wald in der Nähe von Haifa, in dem sich schon mehrfach Brandstiftungen ereigneten, abermals 1000 Bäume durch Feuer vernichtet. Den zur Bewachung der Eisenbahnschienen aufgestellten Militärpatrouillen gelang es, verschiedene nächtliche Eisenbahnanschläge zu verhindern.

Seit dem 19. April wurden in Palästina bisher insgesamt 1313 Araber und 182 Juden im Zusammenhang mit den Unruhen verhaftet. Ueber die Hälfte der Verhafteten wurde gerichtlich abgeurteilt. Am Montag und Dienstag ist wieder je ein Bataillon britischer Infanterie in Palästina eingetroffen.

Britische Matrosen fahren jetzt auf den Plattformen und Tribünen der Eisenbahnzüge in Palästina mit. Sie sind in der Bedienung der Maschinen erfahren und können Lokomotivführer und Seizer im Notfall ersetzen. Zunächst sind sie damit beschäftigt, die Strecke und das Signalsystem usw. kennenzulernen.

Erhaltung des Volkstums

Tagung der Reichsfachschaft deutscher Gebammen.

In Berlin begann die Tagung der Reichsfachschaft deutscher Gebammen. Der Stellvertreter des Reichsarztleiters, Dr. Bloeme, sprach über Gesundheitsführung. Nach ihm hielt Staatssekretär Dr. Conrath einen Vortrag über das Streben nach bevölkerungspolitischen Gebieten sei nur dann von Erfolg gekrönt, wenn es gelinge, die Menschen wieder im Inneren zu pflanzen und an ihr Herz zu appellieren. Gerade die Frauen hätten die gefühlsmäßige Bindung mit der Familie als dem Mittelpunkt des Volkes zu verlieren. Ueber das Gefühlsmäßige hinaus aber müsse der Begriff Volk und Staat herausgestellt werden. Volk und Rasse sind, so führte Dr. Conrath aus, Begriffe, die nicht gleich, aber doch so eng miteinander verknüpft sind, daß sie nicht voneinander zu trennen sind. Nur durch Sprache, Kultur, Geschichte und Zukunft rassistisch verbundene Menschen seien die Voraussetzung für den Begriff Volkstum. Der Staat aber, der dieses feste Volkstum in sich habe, sehe es als seine größte Aufgabe an, dieses Volkstum zu umschließen, ihm Festigkeit und Halt nach Innen und Außen zu geben. Diese Aufgabe, das Volkstum zu erhalten, müsse mit allem, was es an guten Bestrebungen gebe und mit allen wirksamen Mitteln in schönster Uebereinstimmung sich befinden. Dann kam Dr. Conrath auf die asekulären Maßnahmen zu sprechen, die

noch zum Teil erst in Jahrhunderten voll auswirken könnten. Diese Maßnahmen hätten ihre ethische und moralische Berechtigung. Selbstverständlich hätte auch der minderliche Volksgenosse Recht auf Sorgfalt und Pflege. Nur der andere Seite aber gebe es nicht an, daß dies dazu führe, den minderwertigen Menschen dauernd ein bevorzugtes Dasein auf Kosten der hochwertigen zu sichern. Die heutigen sozialen Kämpfe der freien Welt, alle innerweltlichen Kämpfe, müssen auszuhalten und dafür zu sorgen, daß sich das Volk von Generation zu Generation erhalte. Aus dieser Erkenntnis heraus sei auch vor allem das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses zu erlassen. Der Redner besprach dann die einzelnen Gebiete, in denen das Reich eingreifen hat, um diesen Ideengedanken in die Wirklichkeit umzusetzen.

Aufruf des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring zum Rotkreuzsammeltag am 13. und 14. Juni 1936

Die segensreiche Hilfe, die das Rote Kreuz im Weltkrieg allen verwundeten Kämpfern des Deutschen Vaterlandes zu leisten half, ist mir Bürgschaft dafür, daß die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes auch im Frieden von großer Bedeutung ist und von Erfolg gekrönt sein wird. Mitho der Rotkreuztag 1936 allen Volksgenossen die hohe Bedeutung des Deutschen Roten Kreuzes erneut zum Bewußtsein bringen und sie daran erinnern, was wir an den Männern und Frauen vom Roten Kreuz haben.

Göring

Deutsches Jugendfest

Rund 7 bis 8 Millionen Teilnehmer.

Vor einigen Tagen haben der Reichsinnenminister, der Reichssportführer und der Reichsjugendführer zum Deutschen Jugendfest aufgerufen, das vom 20. bis 23. Juni im ganzen Reich als Tag der Sonnenwende mit sportlichen Wettkämpfen und Sonnenweiden begangen wird. An dem Fest wird sich die ganze deutsche Jugend beteiligen, soweit sie durch die Hitler-Jugend und ihre Organisationen und die Schulen erfasst wird. Im vergangenen Jahr hatte das Fest eine Gesamtbeteiligung von etwa 5 bis 6 Millionen Jugendlichen, in diesem Jahre wird damit gerechnet, daß diese Zahl auf 7 bis 8 Millionen kommt.

Zweck und Ziel der sportlichen Wettkämpfe sind, alljährlich eine große planmäßige Leistungsprüfung durchzuführen; sie gliedert sich in Einzelleistungsprüfungen, die in den Schulen vom 9. bis 18. Juni durchgeführt werden und in Mannschaftsmehrkämpfen, die für das Deutsche Jugendvolk am 20. Juni (Tag des Deutschen Jungvolkes) und für die Hitler-Jugend am 21. Juni (Tag der Hitler-Jugend) stattfinden. Vorkämpfer dieser großen Veranstaltung sind die Reichsjugendweitspieler, die feinerzeit vom Reichsausschuß für Leibesübungen durchgeführt werden.

Während damals der Schwerpunkt für die sportlichen Wettkämpfe auf die Einzelleistung gelegt worden war (die auch heute noch in den Leistungsprüfungen durchgeführt werden), hat sich jetzt das Hauptgewicht auf die Mannschaftskämpfe der Hitler-Jugend verlagert mit dem Ziel, innerhalb der Mannschaftsmehrkämpfe die gesamte deutsche Jugend zu erfassen, also auch diejenigen Jugendlichen, die, da sie nicht besonders sportlich veranlagt sind, sonst nicht die Möglichkeit hätten, an sportlichen Kämpfen teilzunehmen.

Die steigenden Mannschaften in den Mehrkämpfen werden mit einer Grenzmarke mit der Unterschrift des Führers ausgezeichnet. Diese hohe Auszeichnung können also nur die Jungenschaften, Kameradschaften und Mädelschaften der Hitler-Jugend erhalten. Den Einzelsiegern wird bei der Erreichung einer Punktzahl von 180 eine Plakette und Siegerrabbel überreicht. Es sind drei Wettkampfsportarten vorgesehen: 60- bzw. 100-Meterlauf, Weitsprung, Schlagball bzw. Reulenweitwurf. Jede Wertung geht bis zu 100 Punkten. Um Sieger zu werden, müssen also in jeder Wettkampfsportart mindestens 65 Punkte erreicht werden.

An der Sonnenwende, die im Auftrage der Partei von der Hitler-Jugend durchgeführt wird, nehmen alle Schulpflichtigen teil; sie bedeutet den Abschluß des Deutschen Jugendfestes.

Mit eisernem Besen . . .

Der Stillheitsprozeß gegen die Franziskaner. Der Prozeß gegen die 276 Franziskanerbrüder nahm in Koblenz seinen Fortgang. Auf der Anklagebank saß der 27 Jahre alte Hans Broß (Bruder Alexander). Er ist angeklagt, in mindestens 16 Fällen mit Ordensbrüdern und auch einmal mit einem Kranken in den Jahren 1928 bis 1934 in sehr großem Umfang widernatürliche Unzucht getrieben zu haben. Der Angeklagte will zunächst ein „Opfer“ des Franziskanerpaters Steinboff (Leovigil) geworden sein. Er hat sich später in zahlreichen Fällen sehr erheblich fittig verhalten, und zwar in den Klöstern Waldbreitbach, Bingen, Kreuznach und Waldmühl (bei Münden-Glabach).

Als Broß kam er zum erstenmal mit dem von einigen Wochen verurteilten Vater Leovigil in Verührung. Broß erklärte, daß er von Leovigil verführt worden sei. Schon damals habe er sich bei dem Oberen des Klosters beschwert, der jedoch von seiner Beschwerde nichts wissen wollte und gesagt habe: „Du brauchst sich ja nicht verführen zu lassen.“ Dann habe Broß seinem Vater geschrieben, er möge nach Waldbreitbach kommen. Der Vater kam, ließ sich von seinem Sohn über die vorgeschlagenen Dinge unterrichten und sprach dann mit dem Oberen und dem Provinzialmeister. Diese beiden beruhigten jedoch den Vater und stellten die Dinge als harmlos dar. Anzweifeln kam

Broß fittig immer mehr auf die schiefen Wege und ließ neben Vater Leovigil auch mit verschiedenen Ordensbrüdern ein. Schließlich bekam er Ekel vor diesen Brüdern und wollte das Kloster verlassen. Er wurde aber nach Waldbreitbach verführt. Auch er wurde der Provinz nach Koblenz zu verweisen, immer bis zu. Broß hat dann den Stein ins Rollen.

Der Vater schrieb an den Bischof von Trier. Die diözesanale Generalvikar antwortete nach einiger Zeit für diese Angelegenheit sei nur die Ordensverwaltung selber zuständig. Der Vater möge die Sache nach Waldbreitbach oder auch nach Bonn melden. Als der Vater des Broß auf mehrere Briefe keine Antwort erhielt, schrieb er an den Bischof von Trier, der Bischof erhielt, seine Sorge tragen, daß in Klöstern mit eisernem Besen ausgekehrt werde. Un glaublicherweise wurde aber in dieser Sache unternommen.

Broß wurde zu diesem Zeitpunkt aus dem Kloster entlassen, und kam dann 1935 in den Arbeitsdienst, wo er bis zu seiner Verhaftung am 18. November 1935 geblieben ist.

Der Zeuge, der 28 Jahre alte Franziskanerbruder Hellmuth Heising (Bruder Maximilian), der aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, gibt zu, mit dem Angeklagten in verschiedenen Klöstern sich fittig vergangen zu sein zu haben. Der Beichtvater habe aber gesagt, wenn man es nicht mehr lassen könne, wäre es keine Sünde. Dieser Zeuge gibt zu, auch mit dem Ordensbrüder Wilfriedes und Emanuel Weidenmann geschlechtliche Sünde. Von Verführung, so behauptet der Zeuge, sei keine Rede gewesen. Er selbst wie auch der Angeklagte seien bereits verstorben gewesen. Der Zeuge, der sich ebenfalls seit Ende vorigen Jahres in Untersuchungshaft befindet, gibt zu, mit dem Angeklagten, sowie einem anderen Ordensbrüder und sechs Pflegenden in Waldbreitbach und Linz am Rhein verkehrt zu haben.

Als Hauptzeuge wurde der bereits zu acht Jahren Zuchthaus verurteilte Franziskanerbruder Steinboff (Leovigil) vernommen. Er hat den Angeklagten bereits verführt, als dieser mit 14 Jahren als Aspirant in das Kloster eintrat. Als Broß wegen der Beziehungen verurteilt wurde, habe Vater Leovigil zu kommunizieren, habe Leovigil diese Gewissensbisse bei Broß behoben und ihm gesagt, er werde ihm eine Hofie verabreichen, die nicht konfessiert (geweiht) sei. Leovigil habe im übrigen wie einem anderen Ordensbrüder und sechs Pflegenden in Waldbreitbach und Linz am Rhein verkehrt zu haben.

Drei Jahre Gefängnis

Das Gericht verurteilte den Angeklagten unter Freisprechung von der Anklage des Verbrechen gegen § 174, wegen fortgesetzter widernatürlicher Unzucht zu 3 Jahren Gefängnis. Sechs Monate der Untersuchungshaft werden auf die Strafe in Anrechnung gebracht.

In der Begründung führte der Vorsitzende aus, daß der Angeklagte Broß, als er in das Kloster eintrat, ein unschuldiger junger Mann gewesen sei, der von all den Dingen, mit denen man sich hier in dem Prozeß beschäftigt, noch nichts gekostet habe. Broß habe sich nach seinem Austritt aus der Franziskanerbrüderschaft tatlos gewandt, habe sich das Vertrauen seiner Vorgesetzten erworben. Andererseits aber habe die Strafkammer berücksichtigt, daß er schwer gestraft habe. Von der Anklage des Verbrechen gegen § 174, habe das Gericht Broß freigesprochen, weil nicht erwiesen sei, daß er als Erzieher anzusehen sei. Das Gericht habe bei den übrigen Fällen eines Verbrechen gegen den § 175 eine fortgesetzte Handlung angenommen und eine Strafe von 3 Jahren als angemessen erachtet. Mit Rücksicht auf das Geständnis des Angeklagten sei die Untersuchungshaft von sechs Monaten auf die Strafe in Anrechnung gebracht worden. Von einer Anerkennung der bürgerlichen Ehegatten: habe die Strafkammer Abstand genommen, weil sie dem Angeklagten Broß den Weg für die Zukunft nicht verlegen wollte.

Die nächste Verhandlung findet am Dienstag, den 16. Juni, gegen den Franziskanerbrüder Franz Gieseler (genannt Bruder Angelus) statt.

Sonntag, den 14. Juni 1936 in HERLEFELD

öffentl. Tanzmusik

Um zahlreichen Besuch bittet Der Wirt.

Sieglinde

Die glückliche Geburt eines kräftigen Töchterchens zeigen dankbar an

Waltraud Sandmann geb. Becker

Eberhard Sandmann Pr. Reviereführer a. Forstsekreter

Spangenberg, den 9. Juni 1936 z. Zt. Kassel, Sophienhaus

Die Stadt erbittet Angebote von hiesigen Schreinermeister für zwei Tische, je 200x88 cm. groß. Auskunft gibt Bürgerstube: Dr. Röhl.

Die Angebote sind abzugeben am 22. 6. 1936, 12 Uhr.

Der Bürgermeister: Feinert.

Sauszinssteuer.

Anträge auf Stundung der Sauszinssteuer sind bis das Rechnungsjahr 1936 (1. 4. 36—31. 3. 1937) abzugeben zu stellen. Stundungsformulare können gegen ein Entgelt von 10 Pf. bezogen werden.

Die in den Stundungsanträgen zu machenden Einkommensangaben sind durch Bescheinigungen der Arbeitgeber, des Arbeitsamtes usw. zu belegen.

Spangenberg, den 10. Juni 1936.

Der Bürgermeister: Feinert.